
FORUM: Solidarität in einer entsolidarisierten Gesellschaft

Rolf G. Heinze:
Soziales Engagement zwischen Erosion
und neuen Potentialen

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, geb. 1951 in Vlotho-Exter, lehrt Allgemeine Soziologie sowie Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Ruhr-Universität Bochum.

Bei der Lektüre gesellschaftlicher Zeitdiagnosen stößt man derzeit auf ein widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite wird auf spektakuläre sozialstrukturelle Trends verwiesen: Individualisierung, Pluralisierung von Lebensformen und Wertedifferenzierung sind die oft genannten Vokabeln. Sie legen nahe, daß sich kollektive soziale Milieus auflösen und eine Gesellschaft der Egoisten entsteht, in der Solidarität immer mehr zum Fremdwort wird. Vor dem Hintergrund der wachsenden Individualisierung scheint es auch um das freiwillige soziale Engagement in Vereinen, Verbänden oder eben auch Gewerkschaften nicht gut bestellt zu sein. Soziologen, die seit längerem auf das Ende der traditionellen Solidarität verweisen, skizzieren als Problemhintergrund einen historischen Freisetzungprozeß des Individuums aus traditionsbestimmten Lebensformen, den man auch als *sozialstrukturelle Fragmentierung* bezeichnen könnte. Er betrifft alle Muster sozialer Bindungen wie die Familie, aber auch andere soziale Gruppen und Organisationen.¹ Die fami-

¹ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986; zur neueren Diskussion ders., Vom Verschwinden der Solidarität, in: Walfried Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München 1994, S. 29 ff; Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Modernität. Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen, Gütersloh 1995; sowie Stefan Hradil, Eine Gesellschaft der Egoisten?, in: Gegenwartskunde 2/1996, S. 267 ff; Peter Gross, Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt/M. 1994.

lialen, religiösen, berufsständischen Bindekräfte, auf denen Solidarität beruht, werden in dieser dynamischen Entwicklung tendenziell aufgelöst. Die Menschen entwickeln zunehmend „Bastelbiographien“ bzw. „Patchwork-Identitäten“, die immer weniger Halt für soziales Engagement bei Verbänden und Gewerkschaften bieten. Selbst Umweltverbände und Hilfsorganisationen wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz klagen inzwischen über den sinkenden Zulauf. Dies betrifft auch junge Menschen und die mittlere Generation, die auch nach Ansicht der Verbände immer egoistischer werden und kaum noch bereit sind, sich für gesellschaftliche Belange zu engagieren.

Strukturwandel der Solidarität

Die oft gehörte These, Solidaritätspotentiale schwänden generell, ist aber in vielerlei Hinsicht verkürzt. Individualisierung und Pluralisierung von Lebenswelten sind nicht nur als Abnahme sozialer Bindungskräfte schlechthin zu interpretieren, sondern auch als deren *Neufassung* in anderen Strukturen und Prinzipien. Es entstehen mehrere Solidaritäten, die sich kaum unter eine sozialwissenschaftliche Begriffsbestimmung bringen lassen. Hitzler spricht in diesem Zusammenhang von „Bastelexistenzen“, die jeder Mensch immer wieder aufs Neue und abgehoben von klassischen Milieubindungen bestätigen muß. „Es bedeutet aber nicht, daß normale Menschen normalerweise den Sinn ihres jeweiligen Tuns oder Lassens selbst ‚erfinden‘ müßten. Es heißt vielmehr, daß der einzelne Akteur permanent auf eine Vielzahl von Sinnangeboten trifft, unter denen er mehr oder minder ‚frei‘ wählt, und daß er sich dabei - in aller Regel - sozusagen von Situation zu Situation in sozial vorgefertigte Handlungs- und Beziehungsmuster einbindet und die dort jeweils typisch vorformulierten, thematisch begrenzten Weltdeutungsschemata internalisiert“.²

Die wachsende Zahl von Angeboten sowohl in materieller als auch in ideeller Hinsicht - manche Autoren sprechen schon von einer „Multioptionsgesellschaft“ - ist sicherlich verantwortlich für individuelle Orientierungsprobleme (man denke nur an die wachsende Jugendkriminalität oder den Drogenkonsum) wie auch für eine Sinnkrise bei den traditionellen gesellschaftlichen Großorganisationen (von der Kirche über die politischen Parteien bis hin zu den Gewerkschaften). Betrachtet man allerdings nur diesen Zersetzungsprozeß der kollektiven Organisationen durch stärker individualistische Orientierungen, dann verkennt man die *Potentiale, praktischer Solidarität* im Alltag, die sich auch heute noch auffinden lassen. Die Suche nach neuen sozialen Vergesellschaftungsformen wird gerade dadurch intensiviert, daß mit der Individualisierung traditionelle Sozialbeziehungen ausgedünnt werden. Viele Menschen fühlen sich dadurch unsicher und wollen neue, sinnstiftende Beziehungen aufbauen. Parallel zur Pluralisierung der Lebensstile wächst somit auch die Zahl der Motive für freiwilliges soziales Engagement,

² Ronald Hitzler, Orientierungsprobleme: Das Dilemma der Kirchen angesichts der Individualisierung der Menschen, in: *Leviathan* 2/1996, S. 280; vgl. auch Gerhard Bäcker/Rolf G. Heinze/Gerhard Naeyegele, *Die Sozialen Dienste vor neuen Herausforderungen*. Münster 1995.

die nicht so ausschließlich sind wie die alten, dafür aber flexibler. *Zudem* haben die verbesserten materiellen Lebensbedingungen, das höhere Bildungsniveau und die räumliche und soziale Mobilität nicht nur neue Wertorientierungen geschaffen, sondern auch neue Formen der Selbstorganisation im Bereich freiwilligen sozialen Engagements inszeniert. Man denke nur an die beträchtliche Zahl von Selbsthilfegruppen, die sich seit Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik ausgedehnt haben. Gleichzeitig hat sich eine Tendenz zur Aufwertung lockerer sozialer Netzwerke herausgebildet, innerhalb derer Beziehungen zu Freunden und Partnern und informelle Formen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe eine große Rolle spielen.

Jenseits der Zeitdiagnose vom Verlust an Gemeinschaft deutet sich also ein Bedeutungszuwachs von eher informell ausgerichteten Netzwerken an, die allerdings weniger traditionsgeleitet als vielmehr frei gewählt sind. Dies bedeutet allerdings im Gegensatz zu den traditionellen Organisationsbindungen nicht, daß man sich zwangsläufig längerfristig bindet, sondern situationsbedingt und temporär engagiert. Beim Vorhandensein einer entsprechenden Infrastruktur sind derartig frei gewählte Sozialbeziehungen oder auch Netzwerke aber durchaus zur Erweiterung und Institutionalisierung fähig. Wie das Beispiel der sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen zeigt, gibt es einen Trend zur Institutionalisierung informeller Netzwerke. Haushaltsübergreifende Netzwerke können auch deshalb an Bedeutung gewinnen, weil die „Freizeitgesellschaft“ mit ihren immer größer werdenden Spielräumen Möglichkeiten für Betätigungen außerhalb der Berufsarbeit bietet und potentiell auch mehr Raum für soziales Engagement läßt.³ Forciert durch die von den Massenmedien getragene, nie dagewesene Wahrnehmungsvielfalt, entsteht aber gleichzeitig eine enorme Konkurrenz alternativer Möglichkeiten, sich selbst - auch außerhalb kollektiv-solidarischer Zusammenhänge - zu verwirklichen oder die Freizeit vorwiegend konsumtiv zu nutzen.

Die empirische Sozialforschung stützt diese Überlegungen hinsichtlich eines *Strukturwandels der Solidarität* durchaus. Die These einer vermeintlich immer stärker egoistisch geprägten Ellenbogengesellschaft ist empirisch nicht belegbar. Nach demoskopischen Daten empfinden sich beispielsweise keineswegs immer mehr Menschen als einsam. Bei kontinuierlichen Befragungen sank die Zahl der „einsamen Westdeutschen“ von knapp 20 Prozent Ende der vierziger Jahre auf unter 5 Prozent Anfang der neunziger Jahre. Auch die rasch wachsende Zahl von Singlehaushalten (derzeit dürfte der Anteil der Einpersonenhaushalte in Deutschland rd. 35 Prozent betragen, wobei der Trend zu kleineren Haushalten weitergehen wird) ist noch kein Beweis für zunehmende Vereinsamung. Der statistische Rückgang der Familienhaushalte sagt erst einmal noch nicht viel über die gelebten Beziehungen

³ Vgl. Claus Offe/Rolf G. Heinze. Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Frankfurt/New York 1990 sowie die Beiträge in Rolf G. Heinze/Claus Offe (Hrsg.). Formen der Eigenarbeit. Theorie. Empirie, Vorschläge, Opladen 1990.

der Menschen zu ihren Freunden, Nachbarn, Arbeitskollegen und Familienmitgliedern aus. Zudem ist die Haushaltsgröße auch nicht unbedingt als Referenzgröße für die soziale Einbindung geeignet. Netzwerke sind räumlich immer weniger auf den Familienhaushalt begrenzt.

Verschiedene empirische Untersuchungen (so etwa das Sozio-ökonomische Panel) weisen darauf hin, daß das soziale Engagement der Bürger insgesamt nicht abgenommen hat. Defizite hinsichtlich der Rekrutierung und Motivierung von Mitarbeitern haben allerdings alle klassischen Organisationen, da sie das Potential an sozialem Engagement immer weniger an sich binden können. Dies hat auch mit einem Wandel der Präferenzen und Motive des Engagements zu tun. Traditionelle Werte wie Opferbereitschaft und Pflichtethik verlieren an Bedeutung. An die Stelle der bedingungslosen Hingabe an die soziale Aufgabe und den damit verknüpften Organisationszweck tritt heute der Wunsch nach einem freiwillig gewählten Engagement, das sich zeitlich den eigenen Bedürfnissen und den immer individueller werdenden Lebensplänen anpassen läßt. Offensichtlich kann man also von einem Strukturwandel der Solidarität sprechen. Die „alte“ Solidarität ist in überkommene Sozialmilieus eingebunden und durch gesellschaftliche Zentralwerte legitimiert, die an Bedeutung verlieren: etwa Klassensolidarität oder christliche Nächstenliebe. Demgegenüber ist die „neue“ *Solidarität* eher durch eine Verbindung von sozialer Gesinnung, persönlicher Betroffenheit, Selbstverwirklichungsmotiven und politischem Veränderungswillen geprägt; sie entwickelt sich zumeist in überschaubaren Zusammenhängen und ist wenig formal organisiert. Zusammenfassend kann man also festhalten, daß grundsätzlich die Potentiale der Solidarität nicht verschwunden, sondern an andere Motivationen gebunden sind, andere Strukturen aufweisen und andere Organisationsformen benötigen als dies bislang der Fall ist. Was bedeutet diese Aussage nun für die Gewerkschaften und deren Zukunft?

Notwendig: organisationspolitische Phantasie

Die Gewerkschaften als kollektive Organisationen sind wie kaum eine andere Organisation von den gesellschaftlichen Fragmentierungstrends und der Auflösung der traditionellen Klassenmilieus betroffen.⁴

Zusätzlich leiden die Gewerkschaften derzeit darunter, daß viele wirtschaftsnahe liberale und konservative Kräfte ihre eigene Gestaltungsunfähigkeit dadurch zu übertünchen versuchen, daß sie die Gewerkschaften zu Hauptschuldigen an den offensichtlichen Standortproblemen der deutschen Wirtschaft erklären. Die in den letzten Jahren immer weiter schrumpfenden Möglichkeiten nicht nur von Gewerkschaften, sondern auch von Parteien und Verbänden, Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gezielt und

⁴ Vgl. Hermann Schwengel, Machtbildungschancen im Globalisierungsprozeß, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1996, S. 473 ff; die Beiträge in Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), Riskante Freiheiten, Frankfurt/M. 1994 sowie Rolf G. Heinze/Josef Hubert/Helmut Voelzkow, Sozialstruktureller Umbruch und politische Folgen, in: Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Aufbrüche: Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, Marburg 1990, S. 26 ff.

zentral zu steuern, bedeutet jedoch nicht, daß keine Gestaltung mehr stattfindet oder daß Steuerung prinzipiell unmöglich wäre. Generell läßt sich beobachten, daß vor allem auf dezentraler Ebene nach neuen, wenn auch nur beschränkten Handlungsspielräumen gesucht wird. Am weitesten fortgeschritten sind die Versuche, über dezentrale Selbststeuerung Gestaltungsfähigkeit ein Stück weit zurückzugewinnen, in einigen innovativen Großunternehmen.⁵ Hier wird die Segmentierung der Produktions- und Dienstleistungsstrukturen in viele kleine Einheiten strategisch vorangetrieben. Ein anderes Beispiel für Dezentralisierung ist die in fast allen Bundesländern zu beobachtende Regionalisierung der Struktur- und Industriepolitik sowie der Arbeitsmarktpolitik.⁶ Erste Erfahrungen zeigen jedoch, daß sich gerade Gewerkschaften in dezentralen, oft unübersichtlichen Strukturen sehr schwer tun. Das Selbstverständnis der Gewerkschaften in der Bundesrepublik ist noch immer nicht auf Vielfalt, sondern noch vorwiegend auf Vereinheitlichung programmiert.

Um gesellschaftliche Steuerung angesichts des rapiden ökonomischen und sozialen Wandels wieder aktiver betreiben zu können, ist eine weitreichende Umbalancierung gewerkschaftlicher Organisation und Politik notwendig. Hierzu zählt insbesondere eine gesteuerte Dezentralisierung und Koordination von Basisaktivitäten, um vorhandene Innovations- und Interventionspielräume vermehrt auszunutzen. Nicht zuletzt geht es darum, Individualität im Rahmen von kollektivem Handeln viel mehr als bislang zu ermöglichen und zu gewährleisten. Das heißt auch, Stellvertretung zugunsten von Selbstvertretung abzubauen und Solidarität nicht nur als Vermeidung von Risiken, sondern auch als Unterstützung bei deren Verarbeitung zu begreifen. Diese durchaus subsidiär zu nennende Strategie ist nur bei einer Rückführung von zentraler Steuerung und bei einer größeren Ausnutzung dezentraler Entwicklungspotentiale möglich. Generell laufen diese Überlegungen darauf hinaus, Gewerkschaften stärker als bisher als politische Dienstleistungsorganisationen zu begreifen. Damit ist jedoch kein passives Mitglied wie bei einer Versicherung oder dem ADAC als Ziel anvisiert oder gar die Aufgabe gesellschaftlicher Reformpolitik oder der kollektiven Tarifverhandlungen. Vielmehr zielt das Leitbild der Dienstleistungsarbeit auf verstärkte Mitglieder- bzw. Kundenorientierung, Koproduktion der Organisationsleistungen und vor allem auf dezentrale Problemlösung und ist damit alles andere als unpolitisch. Es steht auch in einem komplementären Verhältnis zu Vorschlägen, die auf die Stärkung diskursiver Elemente und die Stabilisierung bzw. Neuentwicklung einer normativen Basis der Gewerkschaft ausgerichtet sind.

5 Vgl. Horst Kern/Charles F. Säbel. Gewerkschaften in offenen Arbeitsmärkten: Überlegungen zur Rolle der Gewerkschaften in der industriellen Reorganisation, in: Soziale Welt. 2/1990, S. 144 ff.

6 Vgl. Rolf G. Heinze/Josef Schmid. Mesokorporatistische Strategien im Vergleich: Industrieller Strukturwandel und die Kontingenz politischer Steuerung in drei Bundesländern, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.). Staat und Verbände (PVS-Sonderheft 25), Opladen 1994, S. 65 ff und die Beiträge in: Udo Bullmann/Rolf G. Heinze (Hrsg.), Regionale Modernisierungspolitik, Opladen 1996 (i. F.).

Generell ist also *organisationspolitische Phantasie* gefragt. Vielfältige Projekte aus der privaten Wirtschaft, aber auch erste Erfahrungen aus dem öffentlichen Sektor zeigen, daß Kunden- und Dienstleistungsorientierung nur durch einen von den Mitarbeitern getragenen Organisationsentwicklungsprozeß vorangebracht werden können. Läßt man sich allerdings darauf ein, so stehen die Chancen gut, daß die Organisation hinterher nicht nur kundenorientierter, sondern auch deutlich effizienter arbeitet. Die Unternehmen der Wirtschaft, ebenso wie der Öffentliche Dienst werden in Zukunft mit weniger Aufwand mehr leisten müssen; es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß sich Gewerkschaften dieser Herausforderung entziehen können. Zugleich müssen sie lernen, daß sie als hochspezialisierte Großorganisation immer die Unterstützung von informellen Kleinstrukturen benötigen. Einige Autoren gehen sogar soweit, daß kollektive Akteure (wie die Gewerkschaften) nur noch dann Chancen zur politischen Beeinflussung haben, wenn sie durch sozialkulturelle Milieus und die Organisationen des „dritten Sektors“ neu aufgewertet werden. Obgleich die noch bestehenden oder neu entstandenen Solidaritätspotentiale nicht unterschätzt werden dürfen, gibt es doch deutliche Unterschiede zur traditionellen Organisationsbildung, und dies nicht nur in bezug auf zeitliche, sondern auch organisatorische Stabilität. Es ist deshalb wohl zu optimistisch, auf ein „auch hierzulande wachsendes Potential“ von „Non-profit-Organisationen“⁷ zu setzen, eher geht es um eine intelligente Verknüpfung von neuen und traditionellen Solidaritätspotentialen.

Bislang ist eine solche Strategie allerdings weitgehend abstrakt geblieben, während sich die sozialstrukturellen Fragmentierungstendenzen und auch die offensichtlichen Organisationsprobleme der etablierten Großverbände und Gewerkschaften verschärfen. Will man den Weg zu einer blockierten Gesellschaft verhindern, muß ganz schnell eine Allianz der innovativen Kräfte in allen Organisationen geschmiedet werden.

⁷ Vgl. Hermann Schwengel, a. a. O. (Anm. 4) sowie Hans Joas, Was hält die Bundesrepublik zusammen?, in: Friedhelm Hengsbach/Matthias Möhring-Hesse (Hrsg.). Eure Armut kotzt uns an!, Frankfurt/M. 1995, S. 69 ff; Warnfried Dettling, Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Gütersloh 1995 und Walter Reese-Schäfer. Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte/Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 30.8.1996 (B 36/96), S. 3 ff.